

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 18

Heike Hänsel

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau
im Unterausschuss Vereinte Nationen

Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 16.11.2007

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

besorgt durch die Zuspitzung der **Konflikte an der türkisch-irakischen Grenze** setzt sich die Fraktion DIE LINKE nachdrücklich für friedliche und zivile Konfliktbearbeitung ein und forderte im Bundestag die Bundesregierung auf, in diesem Sinne zu wirken und die Türkei von einem möglichen Einmarsch in den Irak abzuhalten. Wir dokumentieren ab S. 2:

- Rede von Hüseyin Aydin (15.11.2007): Herr Erdogan, stoppen Sie die Kriegsvorbereitungen
- Pressemitteilung von Hüseyin Aydin (2.11.2007): Friedensdemonstration in Ankara setzt Zeichen der Hoffnung
- Antrag der Fraktion DIE LINKE: Einmarsch der Türkei in den Irak verhindern (BT-Drs. 16/7039)

In der **Afghanistan-Debatte** am 12. Oktober im Bundestag griff die Fraktionsvorsitzende der Grünen Renate Künast in diffamierender Weise die afghanische Frauenrechtlerin Malalai Joya an. Joya war zuvor auf Einladung der Fraktion DIE LINKE in Berlin gewesen und hatte von der katastrophalen Situation in ihrem Land nach sechs Jahren Besatzung berichtet (vgl. Rundbrief Nr. 17). DIE LINKE forderte Künast auf, sich für ihre Entgleisung zu entschuldigen. Wir dokumentieren ab S. 6:

- Auszug aus dem Plenarprotokoll (12.10.2007): Künast greift Joya an, Heike Hänsel reagiert in einer Kurzintervention
- Offener Brief von Heike Hänsel an Renate Künast (16.10.2007): Entschuldigen Sie sich, Frau Künast
- Artikel auf Spiegel-Online (20.10.2007): Linkspartei fordert Künast zu Entschuldigung auf

„Dem Klimawandel entgegenwirken – Energieumstellung friedlich bewältigen“, diesen Arbeitsschwerpunkt, der **Entwicklungs-, Friedens-, Umwelt- und Energiepolitik** in einem kohärenten Ansatz verknüpfen soll, hat sich die Fraktion DIE LINKE gegeben und mit ihrer Energiekonferenz in Hamburg Anfang November einen erfolgreichen Auftakt gemacht. Wir dokumentieren ab S. 10:

- Rede von Heike Hänsel (16.11.2007): Klimaschutz und Energiewende global gerecht gestalten!
- Thesenpapier zur Energiepolitischen Konferenz der Linken in Hamburg (2.-4.11.2007): Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich

„Herr Erdogan – stoppen Sie die Kriegsvorbereitungen!“

Am 15. November debattierte der Bundestag einen Antrag der Linksfraktion, der sich gegen den drohenden Einmarsch der türkischen Armee in den Irak wendet. In seiner leidenschaftlichen Rede erklärte Hüseyin Aydın, die türkische Regierung solle endlich auf die Abgeordneten der kurdischen Partei DTP zugehen und eine Verhandlungslösung suchen. Wörtlich rief er dem türkischen Regierungschef zu: „Herr Erdogan, stoppen Sie die Kriegsvorbereitungen!“ Die anderen Fraktionen verweigerten dem Antrag der Linken die Zustimmung, ohne eine Alternative zu präsentieren.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vorweg ein persönliches Wort: Terror ist keine Lösung. Das sage ich als jemand mit kurdischem Hintergrund.

Seit 23 Jahren versucht der türkische Staat, die Kurdenfrage mit rein militärischen Mitteln zu lösen – vergeblich. Bis heute steckt die Türkei in einem Krieg fest, den sie nicht gewinnen kann. Statt den Kurden verfassungsmäßig garantierte Rechte einzuräumen, verbreitet man die Auffassung: Kurden gleich PKK gleich Terror. So rechtfertigt man Angriffe auf die Vertreter eines Volkes, das als nationale Minderheit zum großen Teil rechtlos ist. Fest steht: Die ganze Hochrüstung der türkischen Armee konnte nicht verhindern, dass eine kleine PKK-Gruppe einen türkischen Posten überfiel, dabei zwölf Soldaten tötete und acht verschleppte. Das ist eine Folge der nicht geklärten Kurdenfrage.

Auch der drohende Einmarsch in den Nordirak wird den Konflikt mit der PKK nicht lösen. Er wird nur noch mehr Leid über die Kurden und die Irakis, aber auch über die Türken bringen; denn ein Einmarsch in den Nordirak würde das von der US-amerikanischen Invasion angezettelte Blutbad im Irak zunächst auf Irakisch-Kurdistan ausdehnen. Es wäre dann nur noch eine Frage der Zeit, bis der Krieg auch über die Grenzen in die Türkei getragen wird. Ein solcher Einmarsch wird scheitern, selbst wenn die Türkei alle PKK-Kämpfer umbringt oder vertreibt; denn ein Krieg sät immer neuen Hass. Er bringt Armut und Elend. So schafft das Vorgehen der türkischen Armee selbst den Nährboden, auf dem ihr Gegner neu rekrutiert.

Die Tatsache, dass die unmittelbare Gefahr eines Einmarsches gebannt zu sein scheint, kann uns nicht beruhigen. Noch immer stehen 100 000 türkische Soldaten an der Grenze zum Irak. Auch nach dem Treffen mit US-Präsident Bush spricht Premierminister Erdogan davon, man müsse die PKK auslöschen. Diese Sprache führt nicht zum Ziel. Ich sage: Es ist Zeit, eine friedliche Lösung zu finden,

(Beifall bei der LINKEN)

eine friedliche Lösung, die dauerhafte Aussöhnung und den Kurden politische und soziale Rechte bringt. Kurden sind nach meinem Verständnis ein Teil der türkischen Bevölkerung und müssen genauso behandelt werden. Das heißt, am Ende muss eine Verfassungsreform durchgeführt werden, die in der Türkei ein föderales System nach deutschem Vorbild etabliert, ein System, in dem es keine Strafe ist, wenn ein Bezirksbürgermeister in Diyarbakir Informationen in Türkisch und Kurdisch anbietet.

Als erster Schritt zu einer dauerhaften Lösung müssen selbstverständlich die Waffen schweigen. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Die PKK hat einen Waffenstillstand erklärt.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie bitte? Wann denn?)

Sie muss ihn auch umsetzen. Ich fordere die PKK auf, auf Dauer von Waffengewalt Abstand zu nehmen. Das setzt aber voraus, dass die türkische Regierung klare Signale für Verhandlungen setzt.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das setzt überhaupt nichts voraus!)

Sie muss endlich auf die 20 Abgeordneten der kurdischen Partei DTP zugehen; denn die DTP könnte eine Vermittlerrolle spielen. Doch was erleben wir? Das Gegenteil! Die DTP wird verfolgt, weil sie sich für die Freilassung der acht verschleppten Soldaten eingesetzt hat. Vizepremierminister Çiçek bezeichnete dies als „Propaganda für die Terroristen“. Schlimmer noch: Justizminister Sahin erklärte, er könne sich nicht über die Freilassung der acht verschleppten Soldaten freuen. Die türkische Tageszeitung *Hürriyet* nannte es eine Schande, dass sich die acht Soldaten nicht haben totschießen lassen.

Nein, es ist eine Schande, wie Medien bereitwillig die Menschen aufstacheln, um das Land auf einen möglichen Krieg einzustimmen. Diese Hasspropaganda vergiftet das Klima. Aber: Mehrere Zehntausend Türken und Kurden haben bereits in Ankara und anderen Städten für den Frieden demonstriert. Noch übertönt das Kriegsgeschrei diese Stimmen. Es kommt darauf an, dass wir diese Stimmen des Friedens in Deutschland unterstützen. Warum hat Frau Merkel beim Besuch des US-Präsidenten nicht klar gesagt, dass die US-amerikanische Hilfe bei der Bombardierung von kurdischen Stellungen keine Lösung ist?

Ich sage von hier aus an die Adresse von Herrn Erdogan: Stoppen Sie die Kriegsvorbereitungen! Seit 23 Jahren versucht die türkische Regierung, den Kurdenkonflikt rein militärisch zu lösen.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch gar nicht!)

37 000 Menschen verloren dabei ihr Leben. Es ist höchste Zeit, dem Morden auf beiden Seiten ein Ende zu setzen. Ohne ein gleichberechtigtes Miteinander wird es keinen dauerhaften Frieden zwischen Kurden und Türken in der Türkei geben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Friedensdemonstration in Ankara setzt Zeichen der Hoffnung

Angesichts der anhaltenden Spannungen im türkisch-kurdischen Konflikt erklärt Hüseyin Aydin, Obmann für DIE LINKE, im Bundestagsausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Ich verurteile die gewaltsamen Übergriffe, die in den vergangenen Tagen in Deutschland und der Türkei gegen Kurden verübt wurden. Türkische Nationalisten wollen ein Klima des Hasses erzeugen, um den Druck für einen Krieg gegen die PKK im Nordirak zu erhöhen. Sie beherrschen die Berichterstattung in den Medien. Doch viele Türken sind nicht einverstanden. Es ist ein Zeichen der Hoffnung, dass morgen in Ankara Tausende von Türken und Kurden für den Frieden demonstrieren wollen.

Ein militärischer Einmarsch in den Nordirak wird kein einziges Problem lösen, aber viele neue schaffen. Er würde unausweichlich Leid und Verderben in die letzte einigermaßen ruhige Region des Irak tragen. Niemand würde von den blutigen Auswirkungen verschont bleiben, auch die Türken nicht. Die Türkei würde sich selbst und andere Nachbarstaaten in einen nicht enden wollenden Krieg hineinziehen, den niemand gewinnen kann.

Die mehr als 20-jährigen, gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Türkei haben bewiesen, dass ein rein militärisches Vorgehen gegen die PKK aussichtslos ist. Ich erwarte von der türkischen Regierung, dass sie in der jetzigen Situation auf die kurdische Partei DTP zugeht und über einen Ausgleich spricht, anstatt sie zu attackieren und auszugrenzen. Ein föderales System nach deutschem Vorbild könnte die Grundlage für eine dauerhafte Versöhnung zwischen Kurden und Türken bieten und die demokratische Entwicklung fördern.

Ich erwarte von der PKK, dass sie den von ihr angekündigten Waffenstillstand auch umsetzt und auf Dauer von Waffengewalt Abstand nimmt. Die Freilassung der acht im Oktober gefangengenommenen türkischen Soldaten muss ohne Vorbedingungen erfolgen.

8.11.2007, Antrag

Einmarsch der Türkei in den Irak verhindern

Antrag der Abgeordneten Dr. Norman Paech, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Lothar Bisky, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Ulla Jelpke, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 16/7039)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der drohende Einmarsch des türkischen Militärs in den Nordirak ist in höchstem Maße besorgniserregend. Sollte sich die türkische Regierung entschließen, im Kampf gegen die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) großangelegte grenzüberschreitende Militäroperationen durchzuführen, würde in völkerrechtswidriger Weise die territoriale Integrität des Irak ver-

letzt und die ohnehin angespannte Lage im Nahen Osten weiter eskalieren. Ein Angriff der Türkei auf den Irak könnte zur vollständigen Destabilisierung des Irak bis hin zum Auseinanderbrechen seiner Staatlichkeit führen. Unweigerlich würden auch die Nachbarstaaten Syrien und Iran in die Auseinandersetzung hineingezogen. Die wiederholte Zusicherung der US-Administration, die türkische Armee bei ihren Vorstößen auf irakisches Territorium gegebenenfalls zu unterstützen, trägt unverantwortlich zur Verschärfung der gespannten Situation bei.

Seit das türkische Parlament am 17. Oktober 2007 militärisches Vorgehen der türkischen Armee gegen die PKK auf irakischem Territorium autorisiert hat, hat sich in der Türkei eine emotional stark aufgeheizte Situation entwickelt. Deutlich belegen dies die massiven Angriffe auf die kurdische Bevölkerung und die Verwüstung von Büros der prokurdischen Partei DTP. Weitere Gewalteskalationen drohen die Gesellschaft zu polarisieren und könnten das Land in eine tiefe Krise stürzen.

Militärische Gewalt wird die Konflikte nicht lösen, sondern noch verschärfen und zu weiteren Opfern in der Zivilbevölkerung führen. Der Deutsche Bundestag ist davon überzeugt, dass ausschließlich politische Lösungen zu einer friedlichen Beilegung der Konflikte führen können. Dazu ist die Abkehr der PKK vom bewaffneten Kampf, der auch Opfer in der Zivilbevölkerung fordert, und die Einhaltung des von der PKK verkündeten Waffenstillstandes ebenso zwingend notwendig, wie umfassende Reformen in der Türkei, die auch die politische und rechtliche Situation der Kurdinnen und Kurden deutlich verbessern.

Sowohl die Bundesregierung als auch die Europäische Union haben die gravierende Missachtung der Menschen- und Minderheitenrechte in der Türkei in der Vergangenheit nur mit großer Zurückhaltung kritisiert. Im Interesse einer friedlichen und demokratischen Entwicklung in der Türkei muss die Bundesregierung darauf drängen, dass die Frage der sozialen, politischen und rechtlichen Stellung der kurdischen Bevölkerung im Rahmen der Beitrittsverhandlungen einen zentralen Platz einnimmt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Türkei von einem völkerrechtswidrigen Einmarsch in den Irak abzuhalten und sie dazu aufzufordern, die Bombardierungen sofort einzustellen, einen Waffenstillstand auszurufen und ihre Truppen aus dem türkisch-irakischen Grenzgebiet zurückzuziehen;
2. die PKK aufzufordern, vom bewaffneten Kampf Abstand zu nehmen und den angekündigten Waffenstillstand einzuhalten;
3. an die türkische Regierung eindringlich zu appellieren, mit Vertreterinnen und Vertretern der Kurden, insbesondere mit den gewählten Parlamentsmitgliedern der DTP, Verhandlungen über die verfassungsmäßige Anerkennung und Durchsetzung der Rechte der Kurdinnen und Kurden in der Türkei aufzunehmen und auf die Anwendung militärischer Gewalt gegen die kurdische Bevölkerung zu verzichten;
4. innerhalb der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei an eine politische Lösung der Kurdenfrage gekoppelt werden.

Künast verunglimpft afghanische Frauenrechtlerin

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast, verunglimpft in ihrer Bundestagsrede zum Afghanistan-Einsatz die afghanische Abgeordnete und Frauenrechtlerin Malalai Joya. Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, reagiert darauf in einer Kurzintervention:

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

[...] Mir passt auch nicht die Art und Weise – das kann ich Ihnen auch von vielen weiblichen Abgeordneten aus Kabul mitteilen –, wie Sie die Abgeordnete **Malalai Joya** hier als Kronzeugin anbieten.

(Walter Kolbow [SPD]: Sehr wahr!)

Das löst gerade bei den weiblichen Abgeordneten in Afghanistan tiefes Entsetzen aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie sind entsetzt darüber, was diese Frau hier zum Besten gibt. Die weiblichen Abgeordneten in Kabul sagen – daran erkennen Sie schon, dass sich etwas verändert haben muss –: Wir sind noch lange nicht dort, wo wir hinwollen; aber Steinigungen und den Zustand, dass überhaupt niemand zur Schule gehen kann, gibt es nicht mehr. – Deshalb haben sie ein Problem mit Malalai Joya, die sich auch vor Ort selber ins Off katapultiert hat, indem sie das Parlament als Stall beschimpft hat, in dem Esel und Hunde sitzen. Machen Sie das einmal, einen Muslimen als Hund bezeichnen. Sie wissen, dass Sie dann jeden Gesprächsfaden an dieser Stelle abgeschnitten haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, Sie haben eine zweifelhafte Kronzeugin hinsichtlich der Situation in Afghanistan und des Willens nach Veränderung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Widerspruch bei der LINKEN)

Ich will an dieser Stelle auf die **Bundesregierung** zurückkommen. [...]

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin, ich wollte nur vorsichtig fragen, ob Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hänsel zulassen wollen.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein.

(Zuruf von der Linken: Ach ja! – Weitere Zurufe von der Linken)

– Wir leben in einem freien Land. Selbst Abgeordnete dürfen Ihre Zwischenfragen einmal nicht zulassen. Damit können Sie leben, weil Sie ja so demokratisch gesonnen sind, wie ich Ihren Zwischenrufen dort hinten unschwer entnehmen kann. Zurück zur Bundesregierung [...]

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für eine Kurzintervention erhält die Kollegin Heike Hänsel das Wort.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Frau Künast, was Sie hier über **Malalai Joya** gesagt haben, kann ich so nicht stehen lassen. Diese Frau hat eine Biografie. Sie hat in jüngsten Jahren bereits gegen das Taliban-Regime gekämpft. Sie setzt sich aktiv genau gegen diese Fundamentalisten in Afghanistan ein, die in vielen wichtigen Positionen im Parlament und in den Regionen sitzen. Ich finde es ein Unding, dass Sie sie hier in dieser Art und Weise als eine zweifelhafte Kronzeugin bezeichnen. Das machen Taliban und Fundamentalisten in Afghanistan genauso.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre parlamentarischen Kolleginnen, die Sie zitiert haben, haben dafür gestimmt, dass sie aus dem Parlament ausgeschlossen wird. Daran können Sie auch sehen, wie weit die Demokratisierung in dem Parlament vorangeschritten ist. Wir haben versucht, dass sie eine Möglichkeit bekommt, hier im Auswärtigen Ausschuss zu sprechen. Das wurde ihr auch mit der Begründung verwehrt, sie sei ja nicht Teil der offiziellen Delegation. Also wurde ihre Ausgrenzung hier sogar noch fortgeführt.

(Beifall bei der LINKEN)

In meinen Augen brauchen Sie nach dieser Rede das Wort von Frauenrechten in Afghanistan und der Fortführung von ISAF nicht mehr in den Mund zu nehmen.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von den Linken: Bravo!)

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Kollegin, ich will nicht in Zweifel stellen, dass für die frühere Abgeordnete Malalai Joya die Situation in Afghanistan schwer war

(Zuruf von der Linken: Sie ist es immer noch!)

und dass sie sich dort unter Gefährdung ihres eigenen Lebens engagiert hat. Ich glaube aber trotzdem, dass sie als Kronzeugin für die Zustände in Afghanistan, als die ihre Fraktion sie heranzieht, zweifelhaft ist.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Das können Sie doch nicht wissen! Reden Sie doch mit ihr!)

Denn es gibt in Afghanistan – auch ich war dort und habe mit Frauen und Männern geredet – viele Frauen, die meinen, dass sie immerhin inzwischen auf einem Weg sind,

dessen Grundrichtung stimmt. Wir alle wissen, wie extrem schwierig die Situation in Afghanistan ist. Insofern nehme ich mir diese Meinung heraus und weise darauf hin, wie viele Frauen in Afghanistan dem Parlament angehören oder in NGOs kämpfen und wie viele Entwicklungshelfer und Hilfsorganisationen Frauen vor Ort helfen, ihren Lebensalltag zu gestalten, Geld zu verdienen, sich bewegen zu können und Bildung zu erleben.

Mit Verlaub, die Frage, ob ich für Frauenrechte kämpfe, beantworten nicht Sie; das habe ich in meinen 51 Lebensjahren immer selbst entschieden. Das wird mit Sicherheit so bleiben, und das ist gut so.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

16.10.2007, Offener Brief

Entschuldigen Sie sich, Frau Künast!

Offener Brief bzgl. der ISAF-Debatte vom 12.10.2007

Sehr geehrte Kollegin Künast, mit Empörung habe ich am vergangenen Freitag Ihre Anschuldigungen gegen die afghanische Frauenrechtlerin Malalai Joya während der Bundestagsdebatte über den ISAF-Einsatz verfolgt.

Frau Künast, Sie haben in unverantwortlicher Weise eine in Afghanistan verfolgte und mit dem Tod bedrohte Frau für Ihre Auseinandersetzung mit der Linken instrumentalisiert und aus meiner Sicht dabei gleich mehrere Grenzen überschritten:

Sie rückten den Einsatz von Frau Joya für Menschenrechte und die Rechte der Frauen in ihrem Land ins Zwielflicht mit der Behauptung, sie sei eine „zweifelhafte Kronzeugin“. Ein solches Urteil über eine Frau, deren mutiges Engagement viel Unterstützung sowohl in der afghanischen Bevölkerung als auch weltweit findet und sie zugleich massiver Bedrohung seitens islamischer Fundamentalistinnen und Fundamentalisten aussetzt, steht Ihnen in keinster Weise zu.

Geradezu ungeheuerlich finde ich es, wenn im Deutschen Bundestag der zutiefst undemokratische Ausschluss einer gewählten Parlamentarierin aus dem afghanischen Parlament gerechtfertigt wird. Faktisch haben Sie genau das getan, wenn Sie von Malalai Joya als „frühere Abgeordnete“ sprachen und behaupteten, diese hätte sich „selber ins Off kapultiert“.

Damit besorgen Sie das Geschäft der Fundamentalistinnen und Fundamentalisten in Afghanistan, die Frau Joya zum Schweigen bringen wollen, und liefern ihnen Vorwände für neue Angriffe. Frau Joya, auf deren Leben bereits vier Anschläge verübt worden sind, benötigt den Schutz der internationalen Öffentlichkeit. Die von Ihnen vor aller Öffentlichkeit vorgetragene Entsolidarisierung trägt dazu nicht bei.

Es ist ein beispielloser Vorgang, dass eine Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag eine lebensbedrohlich verfolgte Person öffentlich diskreditiert und sie damit zusätzlich gefährdet. Völlig unabhängig davon, ob Sie die Positionen von Frau Joya teilen oder nicht, muss uns allen an der Wahrung ihrer Menschenrechte und ihres Schutzes gelegen sein.

Möglicherweise waren Sie sich der Tragweite ihrer Äußerung nicht bewusst. Umso mehr sollten Sie jetzt der Verantwortung, die aus Ihrer Funktion erwächst, nachkommen. Ich fordere Sie auf, sich für Ihre Entgleisung öffentlich zu entschuldigen.

Ich wende mich in diesem Brief direkt an Sie, weil ich eine Verantwortung gegenüber Frau Joya empfinde, die auf Einladung meiner Fraktion im September Berlin besucht hatte. Frau Joya wurde, wie Sie wissen, in Berlin von zwei Ausschüssen des Deutschen Bundestags und unter anderem vom Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der ihrer Partei angehört, empfangen und angehört.

Niemand sollte zulassen, dass der Besuch von Frau Joya in Berlin im Nachhinein durch abfällige Auslassungen zu einer zusätzlichen Gefährdung ihrer Person führt. Dies liegt auch in Ihrer Verantwortung und der Ihrer Partei und Fraktion.

Mit freundlichen Grüßen. Heike Hänsel, MdB

20.10.2007, Artikel auf Spiegel Online

Linkspartei fordert Künast zur Entschuldigung auf

von Markus Deggerich

Die rhetorischen Angriffe von Renate Künast im Bundestag auf die afghanische Politikerin Malalai Joya bereiten der Grünen-Politikerin Ärger. Eine Abgeordnete der Linken fordert eine Entschuldigung der Fraktionschefin.

Berlin - Heike Hänsel, Bundestagsabgeordnete der Linken, hat Renate Künast einen offenen Brief geschrieben. Darin verlangt sie von der prominenten Grünen, "sich für Ihre Entgleisung öffentlich zu entschuldigen". Künast besorge mit ihren Äußerungen "das Geschäft der Fundamentalisten, die Frau Joya zum Schweigen bringen wollen", und liefere ihnen "Vorwände für neue Angriffe".

Künast hatte Joya in der Debatte um den Bundeswehreininsatz vorvergangenen Freitag als "zweifelhafte Kronzeugin" gegen den Sinn des deutschen Mandats bezeichnet, die sich "vor Ort selber ins Off katapultiert hat".

Joya war im Mai dieses Jahres für den Rest der Legislaturperiode aus dem Parlament in Afghanistan als Abgeordnete ausgeschlossen worden, nachdem sie die Warlords in der Volksvertretung mit Eseln verglichen hatte. Joya, auf die bereits mehrfach Mordanschläge verübt wurden, ist nominiert für den Sacharow-Menschenrechtspreis des EU-Parlamentes, sie hat im Oktober wegen ihres Engagements für Frauenrechte in Afghanistan auch die Ehrenbürgerschaft in mehreren Städten Italiens erhalten.

In Deutschland war Joya auf Einladung der Fraktion "Die Linke". Künast hatte Freitag vor einer Woche im Bundestag weiter ausgeführt, viele weibliche Abgeordnete in Kabul betrachteten mit "tiefem Entsetzen", wie die Militär-Gegnerin Joya von der Linkspartei instrumentalisiert werde. Eine erste Reaktion der Linksfraktion folgte prompt: Künasts Behauptung sei ein "Unding", sie brauche nach dieser Rede Frauenrechte in Afghanistan nicht mehr anzusprechen. Künast wiederholte ungerührt ihren Vorwurf.

Klimaschutz und Energiewende global gerecht gestalten!

In der klima- und energiepolitischen Debatte forderte Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, dass Regelungen zum Klimaschutz dem Grundsatz folgen müssen, dass jedem Menschen dasselbe Recht auf Nutzung der Atmosphäre zusteht:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

jeder Mensch hat dasselbe Recht auf Nutzung der Atmosphäre. Dieser Gedanke muss für die Debatte um Klimaschutz und Energiewende grundlegend sein. Er wirkt zunächst ganz selbstverständlich – aber er hat weitreichende Konsequenzen. Wir brauchen eine gerechte Klimapolitik, in der die Entwicklungsrechte des Südens anerkannt werden. Das heißt: Regelungen zum Klimaschutz dürfen nicht die bestehende Ungerechtigkeit in der Nutzung der Atmosphäre fortschreiben oder Entwicklungspotenziale der Länder des Südens beschneiden. Wir brauchen stattdessen einen Ansatz, der Emissionsrechte global in einem gerechten und transparenten Verfahren zuweist. Das heißt aber auch, dass wir – die Gesellschaften des Nordens – zuallererst unsere Emissionen drastisch absenken müssen.

DIE LINKE. hat in ihrem Antrag „Nationales Sofortprogramm und verbindliche Ziele für den Klimaschutz festlegen“ (BT-Drs. 16/5129) weit gehende Klimaziele für die Bundesrepublik aufgestellt und ein sehr konkretes Klimaschutzprogramm formuliert. Ein solches Maß an Konkretisierung lassen die Koalitionsfraktionen vermissen, wenn es um die **Energiewende in Deutschland und Europa** geht. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in Bali für eine verbindliche Minderungspflicht für Industrieländer in der Größenordnung von minus 30 Prozent bis 2020 einzusetzen.

Die ersten Opfer des Klimawandels sind die Menschen in den Ländern des Südens – das beschreiben Sie ja in Ihren Anträgen. Die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel jedoch sind wir – die Industriegesellschaften des Nordens. Daraus erwächst die Verpflichtung, Kompensationsmechanismen zur Unterstützung der Menschen bei der **Bewältigung der Klimawandelfolgen** besser und zuverlässiger als bislang auszustatten. Ich begrüße sehr, dass Frau Wieczorek-Zeul vorgestern im Ausschuss angekündigt hat, die deutschen Beiträge zu den entsprechenden Fonds aufzustocken. Entscheidend wäre aber, dass langfristige Finanzierungsabkommen geschlossen werden, damit die Unterstützung verbindlich gesichert werden kann.

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globaler Umweltschutz (WBGU) empfiehlt der Bundesregierung außerdem, den Zentralen **Nothilfefonds** der VN „durch angemessene Zahlungen zu unterstützen und sich für ein verbindliches Finanzierungsschema des Fonds einzusetzen“. Auf die Peinlichkeit, dass die Bundesregierung diesen Fonds – im Gegensatz zu etlichen Entwicklungsländern! – so gut wie gar nicht finanziell unterstützt, hat DIE LINKE. schon mehrmals hingewiesen. Die Koalition bezieht sich ständig positiv auf den Bericht des WBGU, scheut aber vor dessen Empfehlungen an entscheidenden Punkten zurück!

Der WBGU fordert auch, **neue Finanzierungsmechanismen** zu erschließen, und nennt ganz konkret „die Einführung emissionsabhängiger Nutzungsentgelte für den Luft- und Seeverkehr“. Im Antrag der Koalition wurde daraus ein sehr unverbindlicher Prüfauftrag. Genau hier muss aber angesetzt werden: Die gesellschaftlichen Kosten, die der steigende Verkehr zu Luft, zu Wasser und auf der Straße mit sich gebracht hat, müssen wieder auf ihre Verursacher zurückgeführt werden.

An diesem Punkt ist auch die internationale **Handelspolitik** angesprochen. Der liberalisierte Handel verursacht ein zunehmendes Güterverkehrsaufkommen und entsprechend steigende CO₂-Emissionen. Zugleich unterlaufen international tätige Konzerne soziale und ökologische Standards, in dem sie Standorte und Länder gegeneinander ausspielen. Eine Neuausrichtung der Handelspolitik ist daher zentrale Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende auf globaler Ebene. Die Bundesregierung tut leider genau das Gegenteil davon.

In Bali wird es auch um den Clean Development Mechanism (CDM) gehen. Die Koalitionsfraktionen fordern den Ausbau dieses Instruments. Eine Expertenanhörung unserer Fraktion Anfang September hat jedoch ergeben, dass 30 bis 50 Prozent der gegenwärtigen CDM-Projekte nicht wirklich zusätzliche Emissionsminderungen in Entwicklungsländern bringen, dass sie im Gegenteil zu einem Netto-Mehrausstoß führen. Dazu kommt, dass die eigentlich geforderte Nachhaltigkeit der CDM-Projekte in vielen Fällen nicht gegeben ist, z.B. bei Staudammprojekten oder Aufforstungsprojekten in Monokulturen. Wir fordern daher ein **Moratorium für die Genehmigung neuer CDM-Projekte** durch die UN und für die Ausstellung der CDM-Emissionsrechte/-zertifikate für bereits laufende Projekte, bis Verfahren etabliert sind, die diesen Missbrauch unterbinden.

Abschließend möchte ich noch einen entscheidenden Punkt ansprechen, den ich an dieser Stelle schon oft beklagt habe: Ich begreife nicht, warum die **Vergabepolitik der multilateralen Banken**, in denen die Bundesregierung Sitz und Stimme hat, von Ihnen gar nicht angesprochen wird. Genau an dieser Stelle wird doch die von Ihnen ständig angeführte Verzahnung von Energie-, Klima- und Entwicklungspolitik ganz konkret. Die Weltbank finanziert immer noch und sogar im steigenden Maße groß dimensionierte Erdöl-, Erdgas-, Staudamm- und Industrieprojekte und subventioniert damit die großen Öl- und Energiekonzerne, während die Förderung Erneuerbarer Energien stagniert. Gerade mal vier Prozent ihres gesamten Portfolios für Energie hat die Weltbank 2006 in die Förderung Erneuerbarer Energien gesteckt. Zugleich verdoppelten sich die Zusagen der Weltbankgruppe für fossile Energieträger 2006 auf fast 900 Millionen US-Dollar, die Weltbank engagiert sich in etlichen höchst zweifelhaften Energieprojekten, Stichwort: Tschad-Pipeline.

Die Bundesrepublik gehört zu ganz wenigen Staaten, die einen eigenen Vertreter im Exekutivdirektorium der Weltbank sitzen haben. Frau Wieczorek-Zeul, nutzen Sie diesen Einfluss endlich für die längstens überfällige Wende in der Energiefinanzierung!

(Rede zu Protokoll gegeben)

Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich

*Thesenpapier zur Konferenz „Klima & Energie – Macht – Arbeit“
(2.-4. November 2007 in Hamburg)*

Energiepolitik ist Klimapolitik. Das scheint gegenwärtig in allen Parteien und bei der Mehrzahl gesellschaftlicher Akteure Konsens zu sein. Abgesehen von einigen Vertreterinnen und Vertretern der Atom- und Kohleindustrie ist die Notwendigkeit einer Energiewende hin zur vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien bei gleichzeitig sparsamerem und effizienterem Umgang mit den knappen Energieressourcen als eine der wesentlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts allgemein anerkannt. Klimaschutz wird jedoch oftmals auf Technologiefragen reduziert, wie beispielsweise im Konzept „Ökologische Industriepolitik“ von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Wer wirksamen Klimaschutz will, darf dabei nicht stehen bleiben. Deutlich zur Sprache kommen muss auch, dass mächtige Konzerne die politische Souveränität über die Energiepolitik bedrohen, dass wir unsere Lebensstile kritisch überprüfen müssen und dass die ökologische Frage eng mit der sozialen Frage verwoben ist. Ganz zu schweigen davon, dass eine Militarisierung der Energieressourcensicherung schon lange kein Tabu mehr ist.

Die Linkspartei.PDS hatte in der Vergangenheit immer wieder eigene Analysen und Konzepte vorgelegt: Für die Senkung des Primärenergieverbrauchs durch mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung, für den Ausbau erneuerbarer Energien, für einen Prioritätenwechsel der Energieforschung sowie für ein Umsteuern bei der Ökosteuer und beim Emissionshandel. Diese Vorschläge sind unter anderem in dem Beschluss enthalten, den der Parteivorstand am 4. Dezember 2006 unter dem Titel „Energiesicherheit - gerecht und umweltverträglich“ verabschiedet hat.

Anlässlich ihrer ersten gemeinsamen Konferenz skizzieren Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE in diesem Papier Leitlinien linker Energiepolitik. Übergeordnete Ziele sind der schnelle Ausstieg aus der Atomenergienutzung und die weitgehende Überwindung der fossilen Energiewirtschaft bis Mitte dieses Jahrhunderts. Energie- und Klimapolitik muss darüber hinaus mit Fragen sozialer Gerechtigkeit auf nationaler wie globaler Ebene und mit einer aktiven Friedenspolitik verbunden werden sowie bestehende Machtstrukturen hinterfragen. Die Leitlinien in Kürze:

Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung

In der Energiewirtschaft bereichern sich so unverschämt wie in kaum einem anderen Wirtschaftsbereich Oligopole auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Strom- und Ölkonzerne blockieren den erwünschten Strukturwandel in Richtung erneuerbarer Energien und sparsamerer Energienutzung. Deshalb sollte die Energieversorgung ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Sie muss gemeinwohlorientiert erfolgen. Schritte in diese Richtung sind eine wirksame Energiepreisaufsicht, die Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand sowie die Abschöpfung der Extraprofiten der Stromversorger aus dem Emissionshandel durch eine Sondersteuer. Ziel muss letztendlich eine Rekommunalisierung der Energieversorgung sein. (vgl. Kapitel I)

Klimaschutz sozial gestalten – Energiearmut verhindern

Der Klimawandel ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Eine elitäre Umweltpolitik wird scheitern. Eine neue Energiepolitik erfordert ein radikales Umdenken bei den Konsummustern und im persönlichen Verhalten. Sie darf aber nicht zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führen, indem Einkommensschwache von einem angemessenen Maß an bezahlbarer Energie und Mobilität ausgeschlossen werden. Energiearmut von Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten ist kein hinnehmbarer Kollateralschaden wie die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II und Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Haushalte. Die Ökosteuer, bislang eher eine „Armensteuer“, muss sozial gerecht weiterentwickelt werden. (vgl. Kapitel II)

Klimapolitik ist Menschenrechts- und internationale Strukturpolitik

Der von Menschen gemachte Klimawandel ist ein fundamentaler Eingriff in die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte großer Bevölkerungsgruppen. Betroffen sind insbesondere die Armen und Machtlosen. Eine Vorreiterrolle Deutschlands auf dem bevorstehenden UN-Klimagipfel in Bali (Dezember 2007) ist nur unter zwei Bedingungen glaubwürdig. Erstens muss das 40%-Minderungsziel für Klimagasemissionen (bis 2020) verbindlich festgelegt werden. Zweitens bedarf es zusätzlicher Zahlungen Deutschlands in die Fonds zur Unterstützung der Opfer des Klimawandels. Langfristig ist für den Erfolg internationaler Klimapolitik eine Orientierung am Leitbild gleicher Nutzungsrechte an der Atmosphäre für jeden Menschen alternativlos. Ohne eigene klimapolitische Glaubwürdigkeit durch aktive Umsetzung der Klima-Ziele werden Schwellenländer sich ihrerseits nicht auf internationale Verpflichtungen einlassen. Klimapolitik bedarf zudem einer Neuausrichtung der Handelspolitik und einer radikalen Wende in der Energiefinanzierung durch die multilateralen Entwicklungsbanken. (vgl. Kapitel III)

Energiewende mit Friedensdividende

Die zunehmenden Verteilungskämpfe um die schrumpfenden Öl- und Gasreserven sowie die konfliktträchtigen Folgen des Klimawandels machen deutlich: Eine Energiewende - weg von fossilen Brennstoffen, hin zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparung - ist nicht nur der wichtigste Baustein im Kampf gegen die Erderwärmung. Sie ist auch die beste friedenspolitische Investition im 21. Jahrhundert. (vgl. Kapitel IV)

Angesichts des Klimawandels ist das bisherige Wohlstandsmodell der Industriemoderne grundlegend zu überprüfen. Bestehende Wohlstandsgefälle werden sonst durch neue Formen globaler ökologischer Apartheid verstärkt. Zur Eindämmung des Klimawandels sind erhebliche Änderungen in den Produktions- und Konsummustern erforderlich. Dazu bedarf es Ressourcen sparender Technologien, aber auch einer Änderung von Lebensstilen. Beides kann nicht allein den Märkten überlassen werden. Damit der Wandel nicht zu einer Vertiefung von sozialen Spaltungen führt, ist ein Primat der Politik unabdingbar. Klimaschutz braucht soziale Akzeptanz. Globaler Frieden braucht Klimaschutz.

I. Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung

Energiekonzerne versuchen seit geraumer Zeit, sich ein „grünes“ Image zu verschaffen. EnBW veranstaltet Klima-Kongresse, BP heißt jetzt „Beyond Petroleum“ und das Deutsche Atomforum fährt eine millionenschwere Werbekampagne für AKWs unter dem Titel „Deutschlands ungeliebte Klimaschützer“. Die Energiekartelle wollen sich als Teil der Lösung präsentieren. Die Rekordgewinne der Konzerne bei gleichzeitig explodierenden Energiepreisen, die bestenfalls stagnierenden Klimagasemissionen und die geplanten

Kohlekraftwerke machen jedoch deutlich: Eine soziale und ökologische Energiewende muss die überkommene Struktur der Energiewirtschaft aufbrechen und wird nur gegen erheblichen Widerstand der Mineralöl-, Energie- und Automobilkonzerne durchzusetzen sein. Spritpreise auf Rekordniveau, steigende Stromtarife und erhöhte Heizkosten sind zur zweiten Miete geworden. Während die Reallöhne in Deutschland seit Jahren stagnieren, steigen die Energiepreise in bisher unbekannte Höhen. Entspannung ist vorerst nicht in Sicht, denn Öl und Gas sind ein immer knapper werdendes Gut.

Doch wer genauer hinsieht, stellt fest, dass sich in den Preisen nicht nur die tatsächliche Ressourcenknappheit oder die staatliche Belastung durch Steuern widerspiegelt. Beim momentanen Ölpreis von über 80 US-Dollar je Fass, ist etwa ein Viertel des Preises auf Spekulationsgewinne zurückzuführen. Hinzu kommen die aberwitzigen Profite der Ölkonzerne. Exxon-Mobile, BP, Shell und Total, die gemeinsam den deutschen Markt beherrschen, haben 2006 zusammen einen Gewinn von 100 Milliarden Euro gemacht. Beim Strom bietet sich ein ähnliches Bild. Die vier Konzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW kontrollieren 80 Prozent der Stromerzeugung und sind gleichzeitig Eigentümer der großen Stromnetze. Mit ihrem „Monopol hinter der Steckdose“ manipulieren sie die Preise und erschweren die Einspeisung erneuerbarer Energien. Jährliche Extraprofite der Stromversorger in Milliardenhöhe entstehen außerdem durch ein neues Instrument in der Klimapolitik, den Emissionshandel – und dies mindestens noch bis zum Jahr 2012.

In der Energiewirtschaft tritt so offen wie in kaum einem anderen Wirtschaftsbereich zu Tage, wie Oligopole sich auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher die Taschen füllen. Die überkommene Struktur behindert zudem den erwünschten Strukturwandel in Richtung regenerativer Energien und damit effektiven Klimaschutz. Ein zukunftsfähiges Energiesystem kann es mit profitorientierten Kartellen nicht geben. Insofern ist der Kampf für eine Energiewende nicht nur klimafreundlich, sondern auch antimonopolistisch. Er fördert regionale Wirtschaftskreisläufe (gerade in strukturschwachen Gebieten) und schafft in erheblichem Umfang neue Arbeitsplätze.

Die Bundesregierung tut wenig, um die gegenwärtige Situation zu ändern. Im Gegenteil: Manche Politikerin und mancher Politiker der Großen Koalition ist den Konzernen verpflichtet und schützt die Energiekartelle zulasten der Bürgerinnen und Bürger. So wurde die staatliche Aufsicht über die Strom- und Gaspreise beseitigt und die Voraussetzung für den Bau weiterer kohlebefeuerter Großkraftwerke geschaffen. Die Bundesregierung handelt auch in Brüssel wie eine Lobbyistin der vier großen Stromkonzerne. Die EU-Kommission will die Kartellstruktur des Strommarktes aufbrechen, vor allem durch eine eigentumsrechtliche Trennung der Stromnetze von der Stromerzeugung. Dass die Kommission ihre von nahezu allen EU-Ländern unterstützte Forderung schließlich entschärfte, ist vor allem auf die Intervention der Bundesregierung zurückzuführen.

Statt die überfällige Trennung von Stromnetzen und Stromerzeugung zu vollziehen, hat sich die Bundesregierung einer fragwürdigen, sogenannten Anreizregulierung verschrieben, die ab Januar 2009 für mehr Kosteneffizienz im Netzbetrieb sorgen soll. Die Anreizregulierung benachteiligt jedoch kleinere Stadtwerke gegenüber großen Netzbetreibern und ist ausschließlich auf Kostenreduzierung zu Lasten von Versorgungsstabilität, Verbraucherfreundlichkeit und Umweltverträglichkeit ausgerichtet. Sie klammert soziale Faktoren aus, ist ein eklatanter Eingriff in die Tarifautonomie und behindert Investitionen zu Gunsten einer zukunftsgerechten Energieversorgung. Die Einnahmen der Stadtwerke werden sinken und entsprechend ist mit einem

flächendeckenden Arbeitsplatzabbau zu rechnen. Gefährdet sind dadurch auch kommunale Leistungen der Daseinsvorsorge, die bislang durch den Querverbund aus den Gewinnen der kommunalen Stromversorger finanziert werden. Es droht eine neue Konzentrationswelle, da die Anreizregulierung vielen der rund 800 kleinen Stromversorger das Genick brechen könnte. Gewinner wären einmal mehr die „Großen Vier“ RWE, Eon, Vattenfall und EnBW.

DIE LINKE Position

Effektive Energiepreisaufsicht (wieder) einführen

Mit Auslaufen der „Bundestarifordnung Elektrizität“ im Juni 2007 besteht – abgesehen von den Netznutzungsentgelten – keinerlei Preisaufsicht für Strom- und Gastarife. Die Energieversorger haben seitdem willkürliche Preiserhöhungen vorgenommen. Die abgeschaffte Strompreiskontrolle gemäß „Bundestarifordnung Elektrizität“ muss umgehend wieder eingesetzt und entsprechende Regelungen für Gastarife eingeführt werden. Die Preisaufsicht soll auf alle Verbrauchertarife Strom und Gas ausgeweitet werden.

Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand

Das Strom- und das Gasnetz bilden als Infrastruktur für die leitungsgebundene Energieversorgung ein natürliches Monopol. Wettbewerb durch konkurrierende Netze ist weder ökonomisch noch technisch sinnvoll. Auch eine vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung kann den Charakter der Netze als natürliches Monopol nicht auflösen. Es bedarf daher einer direkten gesellschaftlichen Kontrolle der Netze, um Preismissbrauch zu verhindern und eine zukunftsgerechte Ausrichtung der Energieversorgung sicherzustellen. Dieses Ziel ist nur durch eine Vergesellschaftung der Strom- und Gasnetze zu erreichen.

Extraprofite der Stromkonzerne aus dem Emissionshandel abschöpfen

Bis mindestens 2012 werden die im Rahmen des Emissionshandels vergebenen Emissionsrechte aufgrund von EU-Vorgaben zum größten Teil kostenlos an Stromversorger und energieintensive Industrie vergeben. Durch die Einpreisung dieser Emissionsrechte in den Strompreis kassieren die Stromkonzerne jährliche Extraprofite in Milliardenhöhe auf Kosten privater Haushalte und Unternehmen. Außerdem wird das eigentliche Ziel des Emissionshandels tendenziell ins Gegenteil verkehrt: Statt saubere Energieerzeugung oder emissionsarme Gaskraftwerke voranzutreiben, werden klimaschädliche Kohlekraftwerke geplant. DIE LINKE fordert daher eine Sondersteuer für Stromkonzerne („windfall profit tax“), um die ungerechtfertigten und für falsche Zwecke verwendeten Mitnahmegewinne abzuschöpfen.

Rekommunalisierung der Energieversorgung

Die Konzentration im Energiesektor wurde durch die seit 1998 vollzogene Liberalisierung der deutschen Strommärkte verstärkt. Waren die Stadtwerke vorher durch Demarkationsverträge und langfristige Lieferverträge an die großen Energieversorger gebunden, sicherten sich diese ihren Absatz von Strom und Gas nun über Beteiligungen an Regionalversorgern und Stadtwerken. Während privatwirtschaftliche Energiekonzerne auf die Steigerung des Energieverbrauchs und höchstmögliche Renditen zielen, können Stadtwerke im öffentlichen Eigentum eine soziale und ökologische Energiepolitik verwirklichen. Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die Realisierung von Energieeinsparungen und eine direkt auf die örtlichen Bedürfnisse abgestimmte Energienutzungsplanung liegen im unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interesse kommunaler Energieversorger. DIE LINKE unterstützt deshalb die Rekommunalisierung

von Stadtwerken und die verstärkte Eigenversorgung von Kommunen. Dezentrale Energieversorgung unterstützt den Klimaschutz und schafft Arbeit vor Ort.

II. Klimaschutz sozial gestalten – Energiearmut verhindern

In der Debatte um eine zukunftsfähige Energiepolitik geht es meist um den scheinbaren Widerspruch von Ökonomie und Ökologie, den es aufzulösen gelte. Es wird viel von Nachhaltigkeit gesprochen, doch die soziale Frage wird dabei oft außer Acht gelassen. Paradebeispiel dafür ist eines der zentralen Projekte rot-grüner Umweltpolitik: die Ökosteuern. Die steuerliche Belastung durch höhere Energiepreise traf alle, die Entlastung kam aber über niedrigere Sozialversicherungsbeiträge nur Unternehmen und gutbezahlten Beschäftigten zugute, nicht aber Geringverdienerinnen und -verdienern oder den Empfängerinnen und Empfängern von Sozialhilfe oder ALG II, nicht den Studierenden und den Rentnerinnen und Rentnern. „Dies ist keine Ökosteuern, sondern eine Armensteuern“, schrieb damals sogar der Vertreter eines Umweltverbandes.

Eine neue Energiepolitik erfordert auch ein radikales Umdenken bei den Konsummustern und im persönlichen Verhalten. Sie darf aber nicht zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führen, indem Einkommensschwache von einem angemessenen Maß an bezahlbarer Energie und Mobilität ausgeschlossen werden. In diesem Sinne sind nicht nur die oligopolistischen Strukturen der fossil-atomaren Energiewirtschaft Ziel unserer Kritik. Wir treten auch einer elitären Umweltpolitik entgegen, die Energiearmut von Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten als hinnehmbaren Preis für den Klimaschutz verbucht. Energie- und Klimapolitik darf nicht zu sozialer Ausgrenzung führen.

DIE LINKE Position

Arbeitslosengeld II auf 435 Euro erhöhen

Die gegenwärtigen ALG II-Sätze verhindern weder Armut noch sichern sie gesellschaftliche Teilhabe. Die Stromrechnungen sind aus den ALG II-Regelsätzen zu zahlen. Vielen Privathaushalten wurde nach Auskunft von Schuldnerberatungsstellen und Sozialverbänden der Strom abgestellt, da sie nicht in der Lage waren, die Rechnungen zu begleichen. Der ALG II-Satz ist nicht zuletzt deshalb auf 435 Euro anzuheben.

Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Haushalte

Haushalte mit niedrigem Einkommen geben nach Auskunft des Bundes der Energieverbraucher bereits ein Zehntel ihres Monatseinkommens für Haushaltsenergie aus. Die Energiekostenrechnung entwickelt sich zur zweitgrößten Ausgabe position einkommensschwacher Haushalte. Für wohngeldberechtigte Haushalte müssen die Heizungs- und Warmwasserkosten erstattungsfähig werden.

Stromsozialtarif einführen

Nicht nur ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger, auch andere einkommensschwache Haushalte leiden unter gestiegenen Strompreisen. Energieversorger müssen daher gesetzlich verpflichtet werden, einen Stromsozialtarif für Privathaushalte mit geringem Einkommen einzuführen.

Ökosteuern sozial gerecht fortentwickeln

Eine Weiterentwicklung der Ökosteuern muss die negativen Umverteilungswirkungen des jetzigen Ökosteuern-Modells korrigieren. Ein Teil des Aufkommens aus der Öko-Steuer könnte beispielsweise für die kontinuierliche Anpassung von staatlichen

Transferleistungen an steigende Ökosteuersätze bzw. Energiepreise verwendet werden. Parallel bedarf es einer sozialen Flankierung der Strukturbrüche durch den ökologischen Umbau. Alternativ wäre auch das Modell eines Ökobonus denkbar. Dabei würde das Aufkommen der Ökosteuer am Jahresende gleichmäßig an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben. Nur Menschen mit überdurchschnittlichem Energie- und Ressourcenverbrauch würden „netto“ draufzahlen. Einkommensschwache Bevölkerungsschichten weisen in der Regel einen unterdurchschnittlichen Verbrauch auf, sie werden also von der Ökobonus-Zahlung profitieren.

III. Klimapolitik ist Menschenrechts - und internationale Strukturpolitik

Die Folgen des vom Menschen verursachten Klimawandels werden meist durch abstrakte Zahlen ausgedrückt. Über den erwarteten Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur oder des Meeresspiegels wird berichtet und über die monetär erfassbaren volkswirtschaftlichen Schäden. Dabei gerät oft in Vergessenheit, dass sich hinter diesen Zahlen Existenz gefährdende Änderungen für die Lebensbedingungen vieler Menschen verbergen. So treffen erhöhte Temperaturen und das Abschmelzen von Gletschern nicht nur die Wintersport treibende globale Mittelklasse. Für Millionen Menschen geht es um das nackte Überleben. Betroffen sind insbesondere die Armen und Machtlosen. Denn für die Verwundbarkeit einzelner Regionen und Menschen ist nicht nur die geographische Lage wichtig. Es geht auch um die finanziellen und technischen Kapazitäten der Bevölkerung, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Meterhohe Dammbauten gegen die Fluten des ansteigenden Meeresspiegels könnten sich vielleicht Deutschland und Holland leisten, jedoch kaum Indien oder Bangladesch. Die Begrenzung des Klimawandels ist nicht nur eine Frage der Ökologie. Der Klimawandel ist auch ein Angriff auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte großer Bevölkerungsgruppen – eine Bedrohung, die seit 150 Jahren von den Emissionen in den wohlhabenden Teilen der Welt ausgeht.

Eine Halbierung der globalen Treibhausgasemissionen bis Mitte dieses Jahrhunderts gegenüber 1990 ist notwendig, soll das Schlimmste verhindert werden. Eine Fortschreibung des Kyoto-Protokolls über das Jahr 2012 hinaus muss deutlich anspruchsvollere Ziele umfassen und den Kreis der verpflichteten Länder erweitern. An diesem Punkt wird Verteilungsgerechtigkeit zur notwendigen Bedingung globalen Klimaschutzes. Denn kein Schwellen- oder Entwicklungsland wird sich freiwillig auf die Übernahme von Klimaschutzziele einlassen, wenn die bestehende Ungleichheit in der Nutzung der Atmosphäre dadurch fortgeschrieben würde. Für viele dieser Länder ist eine Begrenzung ihrer Emissionen zugleich eine Restriktion ihres Entwicklungspotenzials. Sie fürchten, dass sie der Leiter beraubt würden, mit der sie ein ähnlich hohes Wohlstandsniveau wie die Industrieländer erreichen könnten. Im Zentrum globaler Klimaschutzpolitik müssen daher gerechte und transparente Regeln für die Zuerkennung von Emissionsrechten stehen. Alternativlos ist dabei das Leitbild: Jeder Mensch auf der Erde hat dasselbe Recht an der Nutzung der Atmosphäre. Für die Industrieländer bedeutet dieses Gleichheitsprinzip, dass vor allem sie – und sie als erste – ihre Emissionen drastisch senken müssen.

Viele Folgen des Klimawandels lassen sich auch bei Umsetzung ambitionierter Ziele nur noch begrenzen, aber nicht mehr gänzlich verhindern. Eine an den Menschenrechten orientierte Klimapolitik impliziert daher nicht nur eine Begrenzung der globalen Emissionen, sondern auch die Unterstützung von Menschen bei der Anpassung ihrer Lebensräume und Lebensstile. Dabei geht es um so unterschiedliche Dinge wie die

Erhöhung von Deichen, die Nicht-Besiedelung gefährdeter Gebiete oder die Verbesserung der medizinischen Grundversorgung. Die erforderliche Unterstützung der besonders verwundbaren Menschen und Regionen ist dabei nicht nur ein Akt der internationalen Solidarität, sondern auch der historischen Verantwortung der Industrieländer, die mit ihren Emissionen der letzten 150 Jahre das Problem hervorgebracht haben.

Auf dem anstehenden UN-Klimagipfel in Bali (3.-14. Dezember 2007) muss die Bundesregierung ihre selbst proklamierte Vorreiterrolle endlich durch konkrete Maßnahmen untermauern. Rhetorische Spielereien in Sonntagsreden haben wir genug gehört. Die Industrieländer müssen ihre klimapolitische Glaubwürdigkeit demonstrieren, bevor sie Forderungen an andere stellen. Die Entwicklungsländer erwarten klare Zusicherungen statt warmer Worte. Die internationale Klimapolitik allein auf den Kyoto-Verhandlungsprozess zu konzentrieren, wäre aber falsch. Entscheidend sind auch die richtigen Weichenstellungen in der internationalen Strukturpolitik. Solange es profitabler ist, Krabben aus Schottland in Thailand puhlen zu lassen, um sie dann in Schottland wieder auf den Markt zu bringen, wird es rasante Zuwachsraten im globalen Güterverkehr geben. Die Kontinente umspannenden Wertschöpfungsketten verursachen ein zunehmendes Güterverkehrsaufkommen und entsprechend steigende CO₂-Emissionen. Zugleich entziehen sich international tätige Konzerne sozialen und ökologischen Standards, in dem sie Standorte und ganze Länder gegeneinander ausspielen. Eine Neuausrichtung der Handelspolitik ist daher zentrale Voraussetzung für eine Energiewende auf globaler Ebene. Ohne eine Abkehr vom Paradigma der Liberalisierung wird jedes Kyoto-Folgeabkommen schnell an seine Grenzen stoßen.

Darüber hinaus müssen die multilateralen Entwicklungsbanken wie auch die Industriestaaten die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern grundlegend ändern, vor allem im Energie- und Rohstoffbereich. Die Weltbank vergibt trotz öffentlichkeitswirksamer Bekenntnisse zur Förderung erneuerbarer Energien nach wie vor nur einen kleinen Teil ihrer Energiekredite für dezentrale erneuerbare Energien und Energieeffizienzprogramme. Ungeachtet ihres eigenen *Extractive Industries Review* von 2004, das ein Auslaufen der Finanzierung von Öl- und Kohlevorhaben bis 2008 vorsah, hat die Weltbank gerade in den beiden letzten Jahren ihre Investitionen in fossile Energieprojekte enorm gesteigert – die Ausgaben für Erneuerbare Energien stagnierten. Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die eigene Exekutivdirektoren bzw. -direktorinnen ins Exekutivdirektorium der Weltbank entsenden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist gegenüber dem deutschen Exekutivdirektor weisungsbefugt und kann so direkt Einfluss auf die Geschäftspolitik der Weltbank nehmen. Diesen Einfluss muss die Bundesregierung dafür nutzen, dass endlich eine konsequente Wende in der Energiefinanzierung eingeleitet wird und eine klimafreundliche Energiepolitik mit einer sinnvollen Entwicklungspolitik verzahnt werden kann.

Doch auch die Förderung erneuerbarer Energien birgt Fallstricke. Die für Deutschland angestrebten Quoten für den Einsatz von Biokraftstoffen würden das Potential der hiesigen Anbauflächen deutlich übersteigen. Sie lassen sich demnach nur erreichen, wenn massiv Biokraftstoffe oder Biomasse importiert werden. In den Ländern des Südens bringt der Produktionsboom bei biogenen Treibstoffen aber schon jetzt gravierende ökologische und soziale Probleme mit sich. Die steuerliche und andere Förderung von biogenen Treibstoffen muss vor diesem Hintergrund überprüft werden. Außerdem muss hinterfragt werden, ob und wie eine Einschränkung des Imports auf solche biogenen Treibstoffe, die umwelt- und sozialverträglich erzeugt werden, zu erreichen ist.

DIE LINKE Position

40%-Ziel verbindlich festlegen und durch Sofortprogramm untersetzen

Deutschland muss sich vor der UN-Klimakonferenz in Bali (Dezember 2007) verbindlich verpflichten, die nationalen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Emissionsniveau von 1990 zu reduzieren. Zugleich muss ein nationales Sofortprogramm für Klimaschutz aus klaren ordnungsrechtlichen Vorgaben (Tempolimit, Verbot von Stand-by-Schaltungen u.a.), Investitionsförderungen (Energiesparfonds u. a.) und verbesserten Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung geschnürt werden. Die auf der Kabinettsklausur in Meseberg beschlossenen Eckpunkte der Bundesregierung reichen bei weitem nicht aus, um das -40 Prozent-Ziel zu erreichen. DIE LINKE hat im April 2007 ein solches Maßnahmenpaket in den Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 16/5129).

Arme und Verwundbare beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels unterstützen

Die bisher zugesagten Zahlungen in die drei UN-Fonds, mit denen die Anpassung von Entwicklungsländern an den Klimawandel unterstützt werden soll, sind vor Bali zu verdoppeln. Auch dies ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, hätte jedoch symbolische Wirkung. Für die besonders vom Klimawandel gefährdeten Regionen und Menschen muss es darüber hinaus einen erweiterten Finanzierungsrahmen geben. Deutschland sollte die Verhandlungen über ein entsprechendes Abkommen vorantreiben.

Radikale Wende der Energiefinanzierung in der Entwicklungszusammenarbeit

Die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit muss mehr Mittel für die Förderung regenerativer Energien und eines sparsamen Umgangs mit Energie in den Partnerländern bereitstellen. Die Finanzierung beziehungsweise Absicherung von fossilen Energie- und großen Staudammprojekten muss auslaufen. Wir brauchen eine echte Wende in der Energiefinanzierung durch die Weltbank und andere multilaterale Banken. Deutschland muss seinen Einfluss für die Abkehr von der Finanzierung fossiler Energieprojekte geltend machen. Die Weltbank muss – wie auch der Internationale Währungsfonds – unter das Dach der UNO gestellt werden.

Neuausrichtung der Handelspolitik

Die internationale Wirtschafts- und Handelspolitik muss im Sinne einer fairen, sozialen und ökologischen Entwicklung neu ausgerichtet werden. Die Politik permanenter Liberalisierungen – ob im Rahmen der WTO oder der EU-Handelspolitik – hat für Millionen Menschen verheerende Folgen. Die WTO ist einer grundlegenden Reform zu unterziehen, die Doha-Runde muss endgültig aufgegeben werden. Neue Ansätze für eine Regionalisierung von Wertschöpfungsketten sind zu entwickeln.

Neue Energiepartnerschaften: Fair und nachhaltig

Energiepartnerschaften, die den Handel von Energieträgern mit Perspektiven für eine internationale Sozialpolitik verknüpfen, sind zu unterstützen und zugleich in Richtung einer ökologischen Energiewende weiterzuentwickeln. Beispielhaft ist eine Initiative der ecuadorianischen Regierung. Ecuador will auf eine Erschließung von Öllagerstätten in Regenwaldregionen verzichten, wenn die internationale Gemeinschaft - insbesondere die Industrieländer - das Land über einen bei der UNO angesiedelten Treuhandfonds dafür teilweise entschädigt.

IV. Energiewende mit Friedensdividende

Der Verteilungskampf um fossile Energieressourcen, insbesondere um den Zugang zu Öl und Gas, hat aufgrund einer stetig steigenden globalen Nachfrage bei gleichzeitig schrumpfenden Vorräten eine neue Qualität erreicht. Schon heute ist eine Militarisierung der Energieaußenpolitik unübersehbar. Die USA führen nicht nur Angriffskriege im ölreichen Nahen und Mittleren Osten, sondern bauen auch in Westafrika ihre militärische Präsenz aus. Auf der Inselrepublik Sao Tome und Principe im Golf von Guinea plant Washington eine Militärzentrale für die Region. Der Grund des US-Engagements: Bis zu 16 Prozent des von den USA eingeführten Erdöls kommen aus dieser Region, Tendenz steigend. Energiefragen werden immer mehr zum Gegenstand internationaler Konflikte. Die aktuelle Eiszeit zwischen Washington und Ankara geht nicht zuletzt auf eine verstärkte Kooperation zwischen der Türkei und dem Iran im Gassektor zurück, und der erneute Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine wurde gerade erst beigelegt. Der neuerdings entbrannte Wettlauf um die Territorialrechte am Nordpol zwischen Kanada, Dänemark, Russland und den USA ist ein weiteres Beispiel. Die vermuteten Ressourcen wecken so große Begehlichkeiten, dass einige Anrainerstaaten bereits ihre Marineverbände in der Region aufrüsten.

Auch Deutschland schließt militärische Optionen zur Sicherung der Energieversorgung nicht aus. Schon 1992 erklärten die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr den „ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen [...] zum vitalen Sicherheitsinteresse“ Deutschlands. Auch das 2006 veröffentlichte „Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ enthält die Aussage, dass die Energieversorgung notfalls durch den Einsatz der Bundeswehr zu gewährleisten sei. Der Kampf um preisgünstige Rohstoffe führt zu merkwürdigen, teilweise grotesken Konstellationen in der Außenpolitik. Rohstoffreiche Diktaturen werden hofiert, Staaten mit ergiebigen Öl- und Gasvorkommen erhalten weit mehr Entwicklungshilfe als wirklich bedürftige Länder. Wenn das allein nicht reicht, wird der Druck auf rohstoffreiche Länder erhöht, damit sie ihre Märkte für Investoren aus den EU-Ländern öffnen. So soll beispielsweise die im Juni 2007 vorgestellte „Strategie für eine neue Partnerschaft der EU mit Zentralasien“ angeblich „Good Governance“ in der Region fördern, in Wahrheit dient sie jedoch vor allem der verstärkten Energiezusammenarbeit.

In einem Geflecht aus multilateralen, regionalen und bilateralen Investitionsabkommen werden den Unternehmen der Industrieländer häufig umfangreiche Klagerechte gegen politische Entscheidungen der Gastländer eingeräumt. Ebenso häufig werden die Rechte der in den Gastländern lebenden Menschen von diesen Abkommen eingeschränkt. Die Entwicklungsperspektive der Rohstoffländer bleibt, ebenso wie die Menschenrechtssituation, häufig unberücksichtigt.

Der Klimawandel fügt diesen Konfliktkonstellationen neue hinzu. Ohne ein entschiedenes Gegensteuern wird er bereits in den kommenden Jahrzehnten die Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften überfordern. Daraus könnten Gewalt und Destabilisierung entstehen. Die Sicherheit wäre – national wie international – in einem bisher unbekanntem Ausmaß bedroht. Bestehende „Umweltkrisen“ wie Dürren, Wasserknappheit und Bodendegradation werden verschärft, Landnutzungskonflikte verstärkt und zusätzliche Migrationsbewegungen ausgelöst, wie derzeit im Süd-Sudan. In anderen Regionen, vor allem in Asien, werden durch den steigenden Meeresspiegel neue Konflikte entstehen. Sollte sich eine konsequente globale Energiewende nicht durchsetzen und die Erderwärmung weiter drastisch ansteigen, könnte im Extremfall sogar der

Amazonasregenwald austrocknen und der asiatische Monsun ausbleiben. Dies hätte unkalkulierbare Auswirkungen auf ganze Kontinente. Nationale und internationale Verteilungskonflikte würden den Zerfall ohnehin fragiler Staaten beschleunigen.

Aus all diesen Gründen ist die Energiewende – weg von Öl und Kohle, hin zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparung – nicht nur der wichtigste Baustein im Kampf gegen die Erderwärmung. Der Wandel des Energiesystems ist auch eine friedenspolitische Investition. Die von einschlägigen Interessengruppen vorangetriebene Renaissance der Kernenergie, die weltweit zum Bau neuer Atomkraftwerke führen soll, darf hierbei keine Rolle spielen. Die dabei entstehenden Proliferationsrisiken sind sicherheitspolitischer Irrsinn, will man die Verbreitung von Atomwaffen tatsächlich eindämmen. Zur Gewährleistung einer ausreichenden fossilen Energieversorgung für die Übergangszeit müssen internationale Institutionen und Verfahren entwickelt werden, um die Verteilung knapper werdender Ressourcen konfliktfreier und gerechter zu regeln und der Militarisierung auf diesem Gebiet entschieden entgegenzutreten.

DIE LINKE Position

Energiewende statt Krieg um Rohstoffe

Die weiterhin bestehende Fixierung der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf fossile Energieträger wird imperiale Tendenzen in der Außenpolitik verstärken. Zu befürchten ist, dass dieser Prozess wachsenden Einfluss auf die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nehmen wird, die sich bereits in den letzten Jahren militarisiert hat. Dieser Entwicklung ist entgegenzutreten: Von Europa darf kein „Krieg um Rohstoffe“ ausgehen.

Friedensdividende bei Klimaschutz beachten

Öffentliche Gelder zur Friedenssicherung sind besser angelegt in Forschung und Förderung erneuerbarer Energien und eines geringeren Energieverbrauchs als im Verteidigungshaushalt. Schwerpunkte sollten dabei regional verfügbare erneuerbare Energieträger sein. Insbesondere bei der „Bioenergie“ ist darauf zu achten, dass sie nachhaltig und ohne negative Folgen für die Nahrungsmittelproduktion erzeugt wird und keine (sub)tropischen Wälder dafür zerstört werden.

Soziale und ökologische Entwicklung statt liberalisierter Rohstoffmärkte

Auch die „friedliche“ Ausbeutung der Rohstoffe in Entwicklungsländern führt oft zu erheblichen sozialen und ökologischen Problemen und behindert eine eigenständige Entwicklung. Insbesondere die Investitionsschutzabkommen, die politische und soziale Rechte zugunsten der Profite der Privatwirtschaft beschneiden, spielen eine fatale Rolle. Hier bedarf es eines Moratoriums bezüglich aller Vereinbarungen internationaler Organisationen oder der Industrieländer (OECD, WTO, NAFTA, EU), die eine weitere Liberalisierung und Deregulierung zur Forcierung von Direktinvestitionen beinhalten.

Länderübergreifende Solarenergieprojekte als Beitrag zum Frieden

Länderübergreifende Projekte zur gemeinsamen Nutzung regenerativer Energieträger können einen wertvollen Beitrag zu einer friedlichen Entwicklung in Konfliktregionen leisten. Entsprechende Pilotprojekte wären beispielsweise im Mittelmeerraum (Israel/Palästina) mit Unterstützung der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit zu entwickeln bzw. zu intensivieren. Angesichts des Klimawandels ist das bisherige Wohlstandsmodell der Industriemoderne grundlegend zu überprüfen. Bestehende Wohlstandsgefälle werden sonst durch neue Formen globaler

ökologischer Apartheid verstärkt. Zur Eindämmung des Klimawandels sind erhebliche Änderungen in den Produktions- und Konsummustern erforderlich. Dazu bedarf es Ressourcen sparender Technologien, aber auch einer Änderung von Lebensstilen. Beides kann nicht allein den Märkten überlassen werden. Damit der Wandel nicht zu einer Vertiefung von sozialen Spaltungen führt, ist ein Primat der Politik unabdingbar. Klimaschutz braucht soziale Akzeptanz. Globaler Frieden braucht Klimaschutz.

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179
Fax: 030 227 – 76 179
heike.haensel@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Dr. Birgit Bock-Luna
Dr. Alexander King
Christine Scherzinger
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen:
Heike Hänsel MdB
Am Lustnauer Tor 4
72074 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiter/in:
Traudel Horn-Metzger
Frederico Elwing
heike.haensel@wk.bundestag.de

Regionalbüro Freiburg:
Heike Hänsel, MdB
Bürogemeinschaft Freiburger Linke
Greiffeneggring 2
79098 Freiburg

Telefon: 0761 – 45 10 292

Mitarbeiter/in:
Susanne Hartmann
Peer Villwock
freiburg@heike-haensel.de

Homepage: www.heike-haensel.de

Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491
Fax: 030 – 227 76 491
hueseyin.aydin@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Sonay Ataç
Björn Aust
Dr. Frank Renken

Wahlkreisbüro in Duisburg:
Hüseyin-Kenan Aydin MdB
Mülheimer Str. 57
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiter/innen:
Martina Ammann-Hilberath
Ali Güler
Werner Wirtgen
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

Homepage: www.hueseyin-aydin.de